
Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro

Weil SED-Mitglied Rudolf Bahro in seinem Buch "Die Alternative" die diktatorischen Strukturen im Staatssozialismus anprangerte, wollten Partei und Geheimpolizei im Prozess ein Exempel an ihm statuieren. Sein Rechtsanwalt Gregor Gysi distanzierte sich im Plädoyer von seinem Mandanten.

In der späten DDR war eine verhältnismäßig geringe Anzahl von etwa 600 Anwälten tätig. Sie wurden nach ihrer Systemtreue ausgewählt. In politischen Prozessen konnten sie ihrer Funktion nur eingeschränkt gerecht werden, denn die Verhandlungen wurden - wenn auch meist indirekt - politisch gesteuert. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) dominierte das Ermittlungsverfahren, Staatsanwaltschaft und Richter dagegen die Hauptverhandlung. Darüber verkümmerte das Recht auf Verteidigung in den meisten politischen Prozessen. In brisanten Prozessen konnte es sogar passieren, dass sich ein Anwalt von seinem Mandanten distanzierte.

Ein Beispiel dafür ist die Hauptverhandlung gegen Rudolf Bahro. Er avancierte durch seine Verhaftung 1977 und westliche Medienberichte zu einem der bedeutendsten Oppositionellen der DDR. Heimlich hatte das SED-Mitglied das Buch "Die Alternative" verfasst, das eine schonungslose Abrechnung mit diktatorischen Strukturen im Staatssozialismus war. Bahro forderte darin eine kommunistische Erneuerung von der Basis her. Das Buch erschien in einem Gewerkschaftsverlag in der Bundesrepublik und in Auszügen im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel".

Der Prozess gegen Rudolf Bahro war vor Beginn mit Minister Mielke abgestimmt worden, der wiederum SED-Generalsekretär Honecker konsultiert hatte. Bahro hatte den damals noch unbekannten Anwalt Gregor Gysi als Verteidiger gewinnen können. Die Verteidigung eines prominenten Regime-Kritikers wie Rudolf Bahro machte diesen für die Stasi spezifisch interessant. Als Sohn eines ehemaligen Kulturministers und SED-Mitglied konnte Gysi als zuverlässig und regimetreu angesehen werden. Trotzdem stand der Anwalt Gysi vor einer doppelten Herausforderung. Einerseits stand sein Renommee als Anwalt auf dem Spiel, andererseits war klar, dass SED und Staatssicherheit in diesem Fall ein Exempel statuieren wollten.

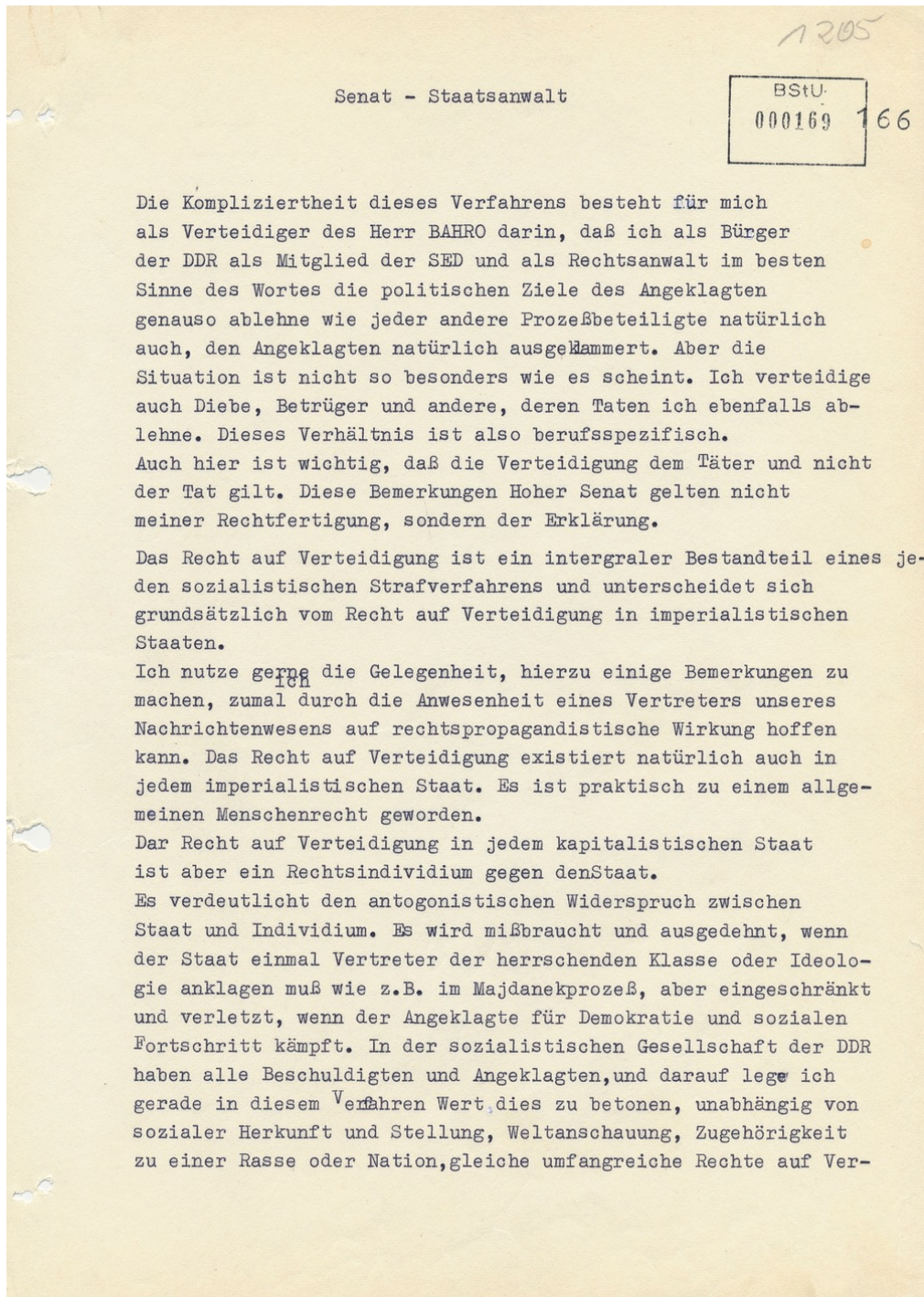
Gysi distanzierte sich im vorliegenden Plädoyer von seinem Mandanten, bevor er die Anklage der Staatsanwaltschaft kritisierte. Das Verhalten Bahros bezeichnete er als "gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR" gerichtet. Insofern stellen die Ausführungen die Vorzüge der sozialistischen Rechtsinterpretation heraus.

Signatur: BArch, MfS, AU, Nr. 6890/82, Bd. 7, Bl. 169-182

Metadaten

Datum: 28.6.1978

Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro



Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro

BSTU
000170
2
1206
167

teidigung. Ich verweise insofern auf Artikel 20 der Verfassung der DDR, auf Artikel 5 des Strafgesetzes und auf § 5 der Strafprozeßordnung.

Diese Rechte entsprechen dem humanistischen, sozialen Wesen der sozialistischen Gesellschaft. Sie sind nicht Ausdruck des Widerspruchs zwischen Individuum und Staat oder Gesellschaft, sondern ein Instrument zur Herstellung von Interessenübereinstimmung, das gleichzeitig durch diese Übereinstimmung objektiv determiniert wird. Weder der sozialistische Staat oder die sozialistische Gesellschaft noch einzelne Betroffene haben irgendein objektivierbares Interesse an der Verurteilung eines Beschuldigten oder einer ungerechtfertigten strengen Bestrafung. *2. (am Wort)*

liegt die Gewährleistung des Rechts auf Verteidigung im Interesse des Beschuldigten bzw. Angeklagten der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates.

Der Hauptunterschied bei dem Recht auf Verteidigung im Kapitalismus und Sozialismus liegt aber im entgegengesetzten Klassengehalt des materiellen Rechts. Während im Kapitalismus oft Menschen als Kriminelle behandelt werden, die aus sozialer Not und Ungerechtigkeit handeln oder einen konsequenten Kampf für Demokratie, sozialen Fortschritt, Frieden und Menschenrecht führen, stehen im Sozialismus jene vor Gericht, die entgegen geboten-er Möglichkeit die Interessen der Mehrheit der Gesellschaft, insbesondere der Arbeiterklasse, verletzen und teilweise sogar Handlungen gegen den Frieden, den sozialen Fortschritt, der Demokratie und der Menschenrechte begehen. Daraus ergeben sich so gewichtige Unterschiede, daß ein formaler Vergleich von Einzelregelungen des Rechts auf Verteidigung der kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaft ausgeschlossen ist. Wohl aber ist die Feststellung geboten, daß zum Beispiel in der kapitalistischen BRD seit ihrer Gründung das Recht auf Verteidigung stets weiter eingeschränkt wurde. Ein aktuelles Beispiel ist das sogenannte Kontaktsperregesetz. Es ermöglicht, daß auch bei einem Untersuchungshaftbefindlichen, der lange Zeit jeglicher Kontakt zum Verteidiger untersagt werden kann. Zur Begründung solcher Einschränkungen werden zwar geschickt

Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro

1208
3 168

BSTU
000171

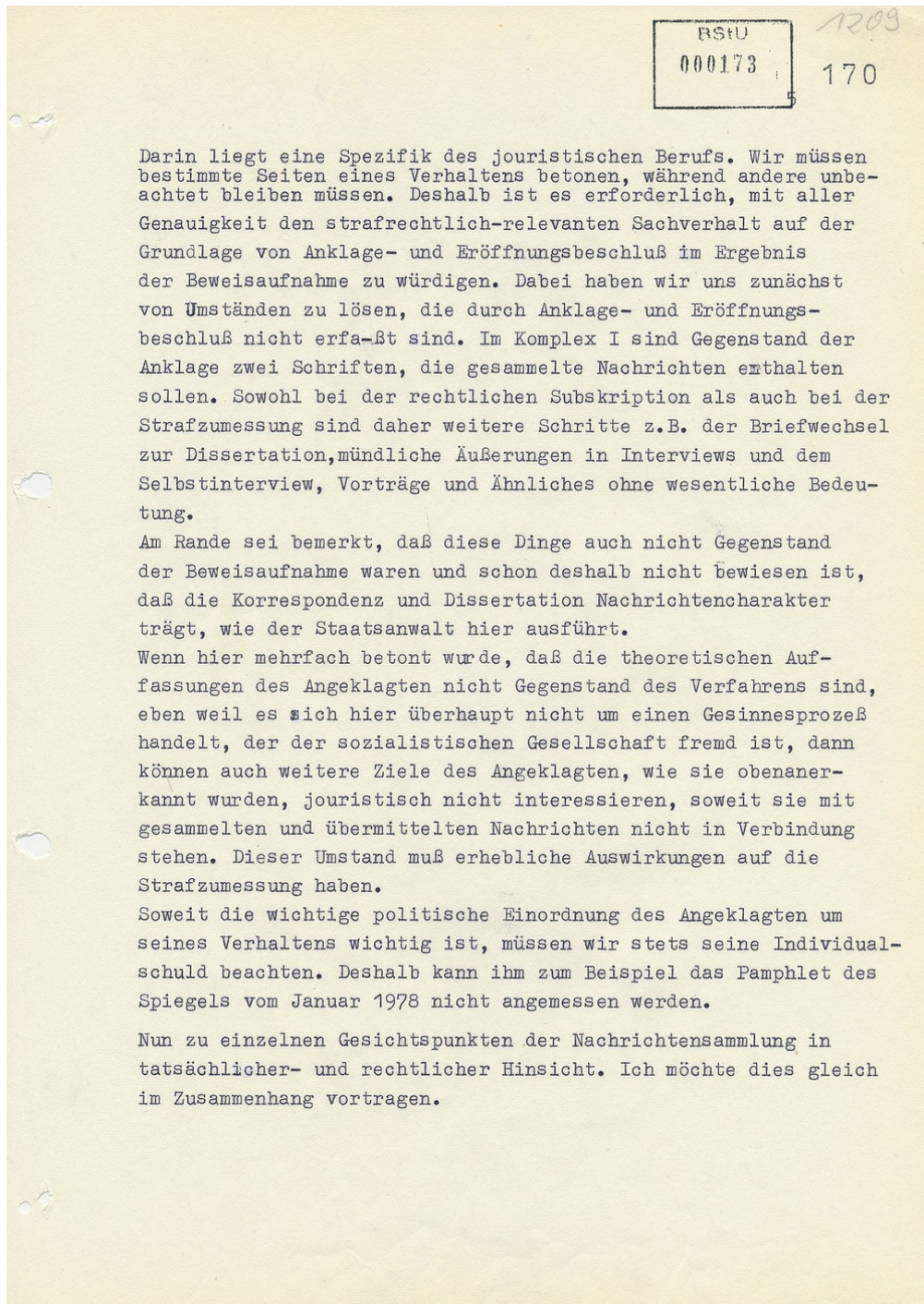
terroristische Anschläge irgendwelcher Extremisten genutzt, wie es sich zum Beispiel in der Bezeichnung der neuen Antiterrorgesetz widerspiegelt, weitere Einschränkungen wichtiger Rechte enthalten. Aber demokratische Kräfte haben längst erkannt, daß es so Maßnahmen gegen Grundrechte aller Bürger gibt. Das Ansehen der Rechtsanwälte in der BRD immer mehr diskreditiert wird. Inzwischen können sie bei Gerichts- und Haftanstaltsbesuchen schon im Intimbereich untersucht werden. In der sozialistischen DDR dagegen wurde das Recht auf Verteidigung stets ausgebaut. Ein Vergleich aus der StPO aus dem Jahre 1952 und der aus dem Jahre 1968 beweist es deutlich. Auch die praktische Handhabung zeugt davon, daß das Recht auf Verteidigung von allen Beteiligten mit wachsender Sorgfalt und aufmerksam beachtet wird. Dieses Recht wurde in der DDR von Anfang an gewährleistet. Seine Qualität und Effektivität sowie einzelne Rechte sind erhöht bzw. ausgebaut worden. Der Rechtsanwalt genießt Achtung und Anerkennung. Die Entwicklung im Kapitalismus und Sozialismus verläuft also entgegengesetzt. Sie ist im Sozialismus noch nicht abgeschlossen und kann im Kapitalismus nur durch einen harten Kampf demokratischer Kräfte aufgehalten werden. Eine weitere Feststellung bezieht sich auf die unterschiedlichen Wirkungsmöglichkeiten der Rechtsanwälte, die in der kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaft als Verteidiger auftreten. Im Kapitalismus ist die Wirkung des Verteidigers stets auf das einzelne Verfahren beschränkt. Er kann gesellschaftliche Verhältnisse nicht ändern. In der sozialistischen Gesellschaft ist der Verteidiger dagegen aufgerufen, über die Vertretung im einzelnen Verfahren hinaus Ursachen und Bedingungen der Kriminalität zu bekämpfen und vorbeugend und erzieherisch tätig zu werden. Hier kann der Rechtsanwalt das Rechtsbewußtsein seines Mandanten festigen und entwickeln, gegen mangelnde Disziplin und Ordnung in staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen vorgehen, an Auswertungen von Strafverfahren teilnehmen und damit seine Kenntnisse und Erfahrungen in einem größeren Rahmen stellen. Er ist berechtigt und verpflichtet, gegen alle Gesetzesverstöße und ihre Ursachen

Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro

BStU
000172
4
1208
169

und Bedingungen vorzugehen.
Er hat mit seinen spezifischen Mitteln zur Erforschung der objektiven Wahrheit im Strafverfahren beizutragen. Durch diese Bemerkungen wird besonders deutlich, wie anmaßend es eigentlich ist, wenn auch im Zusammenhang mit diesem Verfahren gerade in der BRD der DDR vorgeworfen wird, das Recht auf Verteidigung zu verletzen.
So versteigt sich zum Beispiel die Morgenpost vom 27. 11. 1977 zu der Behauptung, daß Herr BAHRO keinWahlverteidiger genehmigt worden sei und er von einem Unbekannten im Sinne von namenlosen Pflichtverteidiger vertreten wird.
Als Wahlverteidiger des Angeklagten möchte ich diese Verleumdungen entschieden zurückweisen und eideutig feststellen, daß auch in diesem Verfahren das Recht auf Verteidigung in vollem Umfange, einschließlich der Wahl eines Verteidigers, durch den Angeklagten, gewährleistet worden ist.
Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, festzustellen, daß das Gericht unvoreingenommen, allseitig und gründlich die Beweisaufnahme durchgeführt hat, bei der stets der Angeklagte seine Rechte wahrnehmen konnte. Hoher Senat, wenn ich nun mehr in meinen Ausführungen mich einseitig den entlastenden Umständen widmen werde, so deshalb, weil dies mein Verfassungsauftrag ist und den Anforderungen des § 16 Strafprozeßordnung entspricht.
Selbstverständlich erkennt auch die Verteidigung vollständig an, daß sich die Handlungen des Angeklagten gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR richten. Sein Kampf war ja ausschließlich dem real existierenden Sozialismus gewidmet, speziell dem Überbau der Gesellschaft.
Anstatt wie viele Tausende Bürger unseres Landes an der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zum Kommunismus in der Überwindung von Problemen, Schwierigkeiten und Widersprüchen mitzuwirken, hat er den konkret existierenden realen Verhältnissen der DDR zumindest in wesentlichen Teilen den Kampf angesagt und inrichtungen in der BRD eine Hetzkampagne gegen die DDR objektiv ermöglicht. Die politisch-moralische Verurteilung ist aber nicht unbedingt eine juristische.

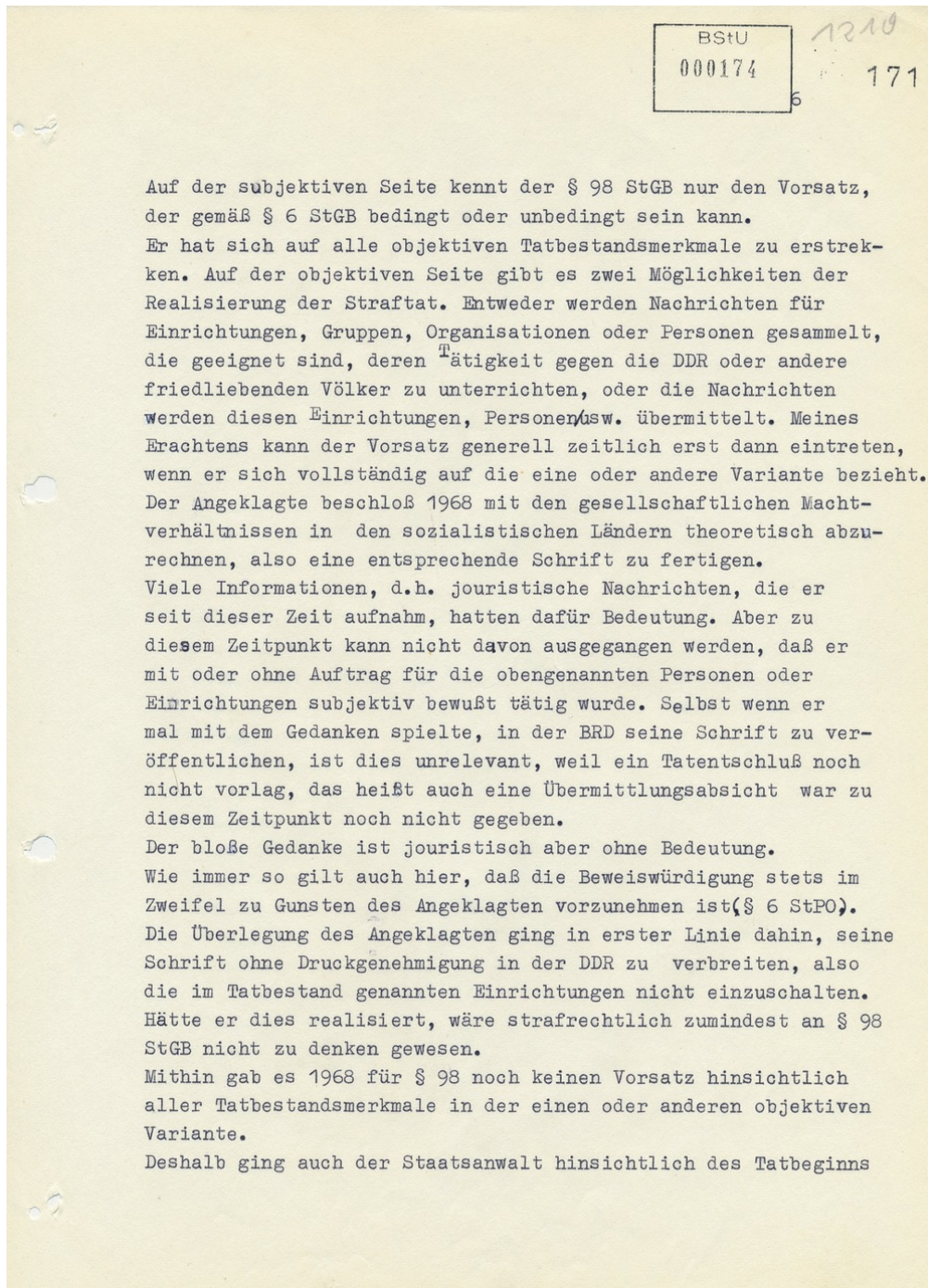
Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro



Signatur: BArch, MfS, AU, Nr. 6890/82, Bd. 7, Bl. 169-182

Blatt 173

Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro



Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro

1211
172
7

BStU 000175

vom Jahre 1975 aus, wobei sich mithin ein wesentlicher Zeitraum der Anklage nicht bestätigte, da die Anklage hinsichtlich der Nachrichtensammlung weitere 7 Jahre umfaßt. Nun gilt es jedoch erst einmal zu klären, ob der Angeklagte im Sinne des Gesetzes überhaupt Nachrichten sammelte. Sammeln im Sinne des Gesetzes liegt dann vor, wenn aktiv Nachrichten aufgenommen werden, um sie letztlich im Sinne der Tatbestandsmerkmale des Gesetzes zu verwenden, wobei eben von Bedeutung ist, wann der Entschluß für diese Art der Verwendung vorliegt. Sammeln heißt nicht unbedingt erbittertes Suchen, sondern kann auch im Mitnehmen gegebener Informationsmöglichkeiten liegen. Sicherlich ist aber für die Tatschwere von Bedeutung wie gesammelt wird. Es ist mit Ausnahme der späteren Interviews mit Wirtschaftskadern nicht festzustellen gewesen, daß der Angeklagte seit 1968 mit anderer Intensität als früher Informationen suchte, bzw. aufnahm, wobei dies wie gesagt, am Sammeln selbst nichts ändert. Daß die in beiden Schriften, das heißt in der Schrift mit der Bezeichnung die Alternative und der Dissertationschrift enthaltenen Informationen, auch Nachrichtencharakter tragen, kann von der Verteidigung nicht bestritten werden. Nachrichten müssen laut Kommentar zum StGB nicht Wahrheiten sein, schon gar nicht brauchen sie Geheimnischarakter zu tragen. Im letzten Falle wäre anderenfalls an Spionage nicht aber an Nachrichtensammlung zu denken. Daß die einzelnen in der Beweisaufnahme erörterten Nachrichten objektiv geeignet sind, die Tätigkeit bestimmter Personen oder Einrichtungen gegen die DDR zu unterstützen, ist zweifellos gegeben und durch das Gutachten bewiesen. Allerdings, und dies ist wieder für die objektive Tatschwere und damit für die Strafzumessung von Bedeutung, werden bislang nach dem Gutachten nicht vorwiegend diese Nachrichten im Zusammenhang mit der Schrift die Alternative für die Hetze gegen die DDR verwandt, sondern solche Umstände und Äußerungen, die nicht Gegenstand der Anklage und des Eröffnungsbeschlusses sind. Hinsichtlich der Nachrichten gibt es ein weiteres Problem, nämlich den objektiven und

Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro

1212
173

BStU
000176
8

subjektiven Wahrheitsgehalt. Diese Frage berührt ebenfalls nicht die Tatbestandsmäßigkeit der Nachrichten aber die Tatschwere und Persönlichkeit des Angeklagten. Ebenso wie es unbestritten ist, daß der Angeklagte objektive Wahrheiten als Nachrichten in seinen Schriften verarbeitete, dürfte auch feststehen, daß Halbwahrheiten und Unwahrheiten als Nachrichten enthalten sind. Dies fällt jeden mit der Materie Vertrauten bereits beim Lesen der Schriften auf. Es ist auch indirekt durch die Zeugen bestätigt. Nicht bewiesen ist aber, daß der Angeklagte selbst davon ausging, also bewußt Unwahrheiten fabrizierte. Hier kommt es nicht darauf an was man glaubt, sondern allein was wir ihm beweisen konnten.

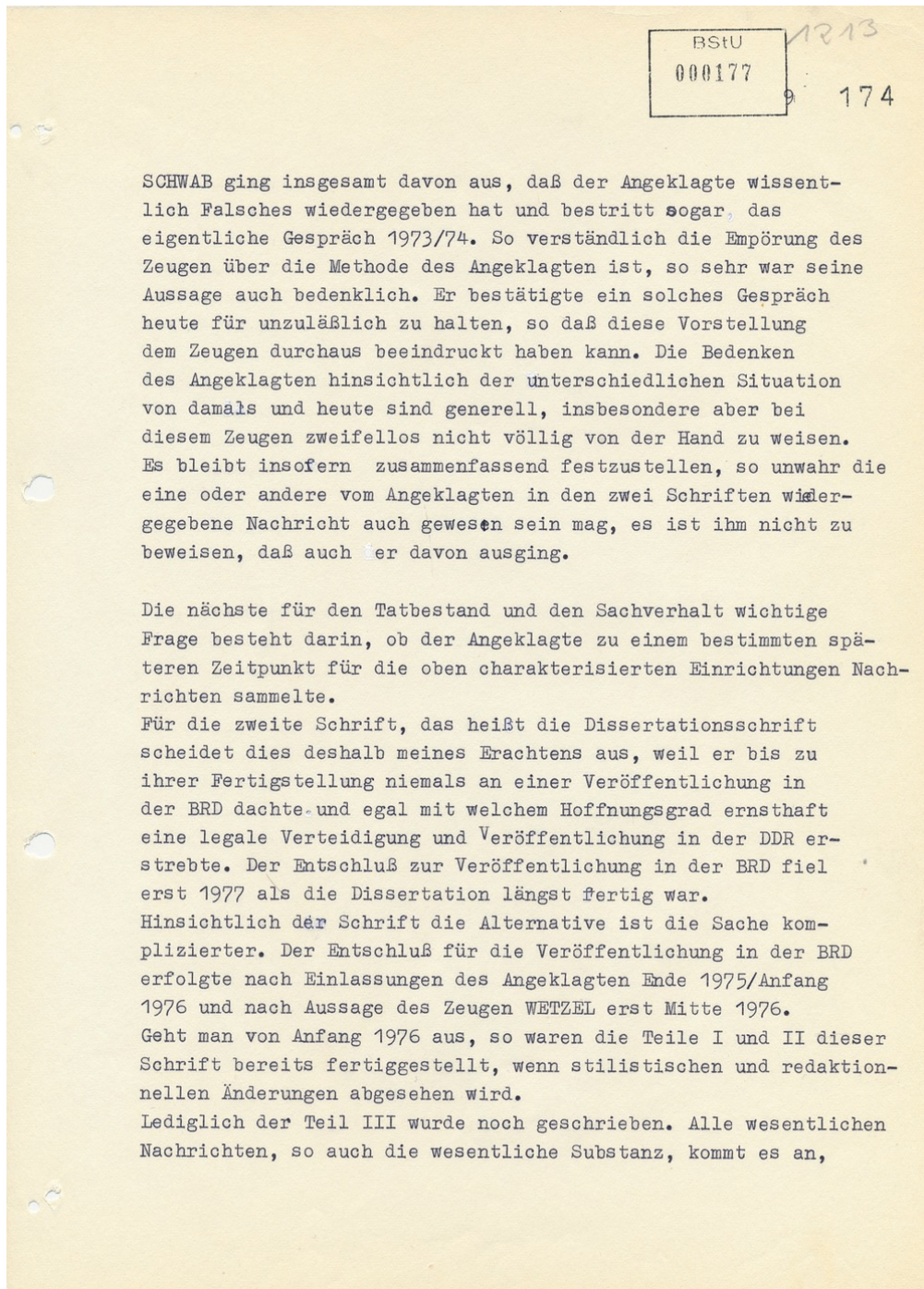
Er selbst hat stets eingelassen, davon ausgegangen zu sein, Wahres geschrieben zu haben. Die bekannten 48 Interviews sollen inhaltlich auch dann der Wahrheit nach seinen Einlassungen entsprechen, wenn er die Personen, die diese Äußerungen mal vorgenommen hatten, nicht kannte. Er hat dann die Personalien erfunden. So unkorrekt wie es ist, muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Personalien in beiden Anklageschriften keinen Einzug fanden.

Ein zweifelsfreier Schluß aus diesen erfundenen Personalien hinsichtlich der Inhalte der Schriften ist weder zulässig noch möglich.

Die anderen Interviews entsprechen beweisrechtlich der Wahrheit soweit durch Zeugen nicht das Gegenteil bestätigt wurde. Hinsichtlich dieser Gespräche muß ich darauf hinweisen, daß von den 5 Zeugen, zumindest teilweise, die Richtigkeit der wiedergegebenen Gesprächsinhalte bestätigt wurden.

Abweichungen waren stilistischer, terminologischer und nichtinhaltlicher Natur. Inhaltliche Abweichungen aber können auch auf Irrtümer und Mißverständnisse sowie Erinnerungsschwächen beruhen. Beim Zeugen SCHMIEDER kam hinzu, daß er das Gespräch nicht allein führte und die Möglichkeit nicht ausschloß, teilweise abwesend gewesen zu sein, so daß von ihm nicht bestätigte Äußerungen von dem anderen Gesprächspartner gefallen sein können. Nur der Zeuge

Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro



Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro

1214
10 175

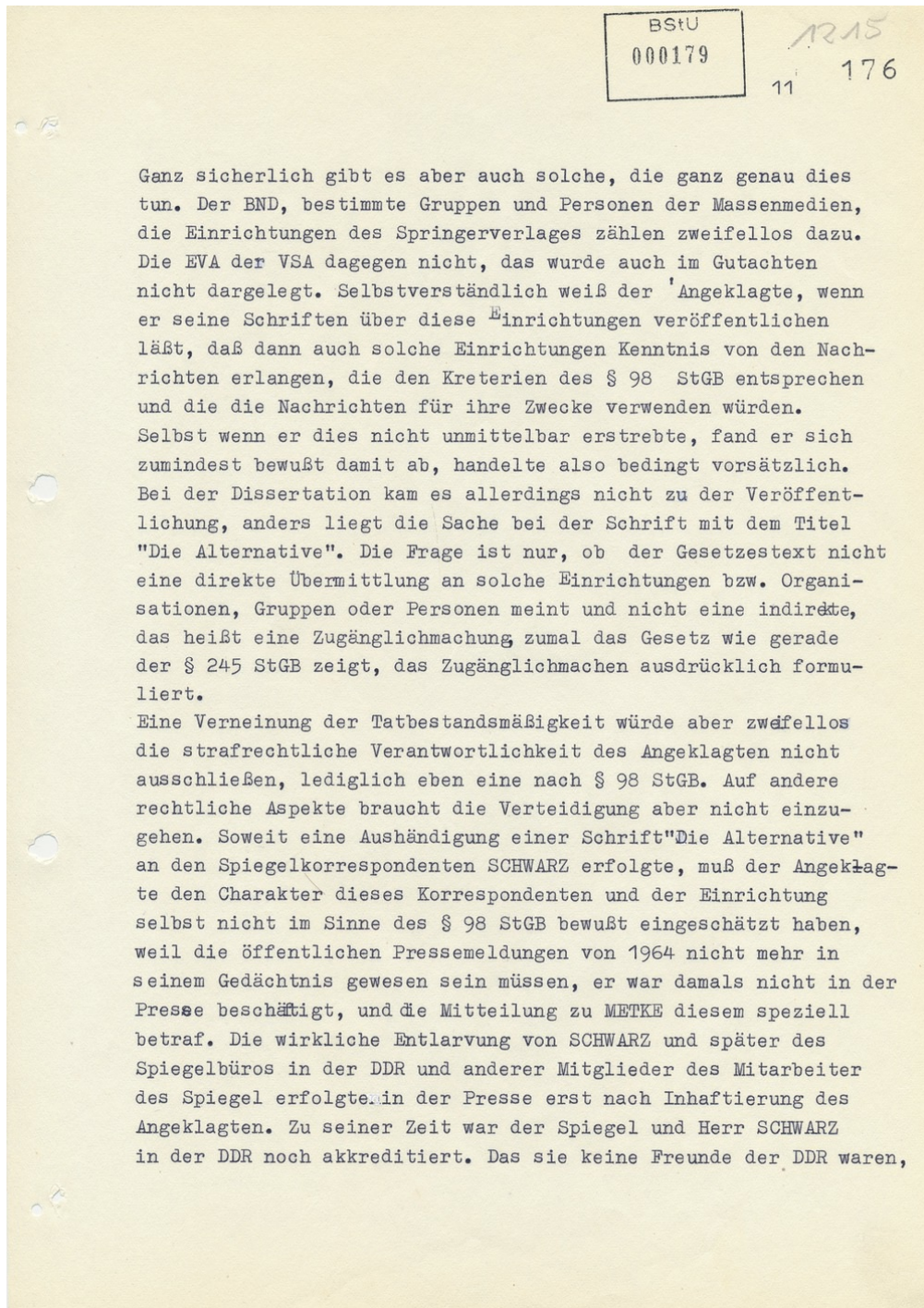
BStU
000178

waren jedoch auch für diesen Teil bereits gesammelt.
Und ganz wenig Informationen, die vielleicht später noch hinzugekommen sind, können bei der komplexen Anklage nicht ins Gewicht fallen.

Außerdem stand der konkrete Adressat erst seit Mitte bzw. Herbst 1976 fest und etwa die Weitergabe an den Spiegel erst 1977. Der Vorsatz muß sich aber auf konkrete Einrichtungen, Gruppen, Organisationen oder Personen im Sinne des § 98 StGB beziehen. Ein Sammeln für die Einrichtungen im Sinne des § 98 StGB ist also nach Auffassung der Verteidigung nicht bewiesen. Soweit der Staatsanwalt darauf hinwies, daß nach dem Sammeln ein Zusammenfassen dieser Informationen für die Einrichtungen vorgenommen wurde, muß ich darauf hinweisen, daß dieses Zusammenfassen vom Tatbestand des § 98 StGB nicht erfaßt wird, sondern es darum geht, ob er direkt diese Informationen für diese Einrichtungen sammelte.

Nun zur zweiten Variante, das heißt zum Übermitteln oder einmal gesammelten Nachrichten. Zunächst scheint es mir nicht möglich, und das deckt sich mit der Auffassung des Staatsanwaltes, das Sammeln für die eine oder andere Schrift zu trennen. Wenn das Sammeln aber einheitlich ist, kann die weitere Fortsetzung des Tatbestandes nicht getrennt und einmal als Versuch und einmal als Vollendung angesehen werden. Eine versuchte- und eine vollendete Tat setzen logisch zwei strafbare Handlungen voraus, die durch die einheitliche Sammlung nicht gegeben sind. Wenn eine Sammlung in ^{StGB} zwei Formen vorliegt, und die eine den Adressaten nach § 98 erreicht, und die andere nicht, dann liegt nur ein, und zwar vollendete Handlung vor. Das heißt die Dissertationsschrift kann als zweite Form der selben Sache juristisch nicht erfaßt werden. Eine weitere Problematik liegt in der Übermittlung selbst. Natürlich ist ^{nicht} jede Organisation oder Einrichtung in der BRD eine solche im Sinne des § 98 StGB. Abgesehen von mit uns eng befreundeten Einrichtungen gibt es auch solche, die zwar die DDR nicht mögen, aber die auch nicht unbedingt generell eine gegen die DDR oder andere friedliebende Völker gerichtete Tätigkeit durchführen.

Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro



Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro

1216
12 177

BStU
000180

ist klar, aber das Herr BAHRO den Charakter im Sinne des §98 StGB wissen mußte, ist damit noch nicht eindeutig bewiesen, weil wir normalerweise Einrichtungen, die einen Kampf gegen die DDR führen, einer Akkreditierung nicht gestatten, was sich letztlich auch dadurch beweist, daß wir nachdem dies eindeutig festgestellt worden ist, die Akkreditierung entziehen mußten.

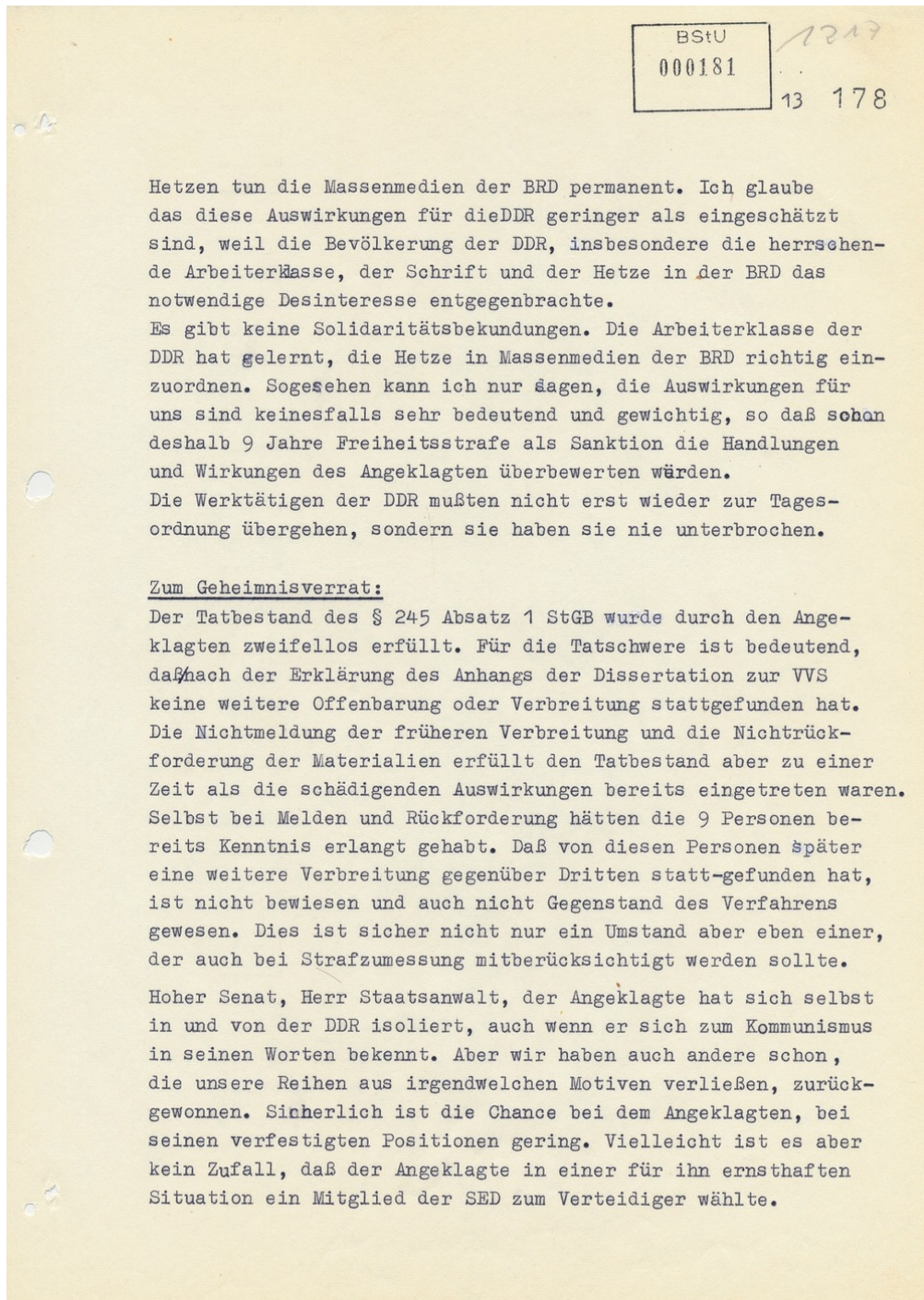
Hoher Senat, sollten sie zum Beispiel entgegen den hier dargelegten Gesichtspunkten doch von einer Sammlung von Nachrichten für die charakterisierten Einrichtungen oder von einer direkten Übermittlung an diese bzw. von der Tatbestandsmäßigkeit der indirekten Übermittlung ausgehen, dann bitte ich darum, die bisher ausgeführten Einschränkungen und Gesichtspunkte bei der Bewertung oder objektiven Tatschwere für die Strafzumessung zu berücksichtigen.

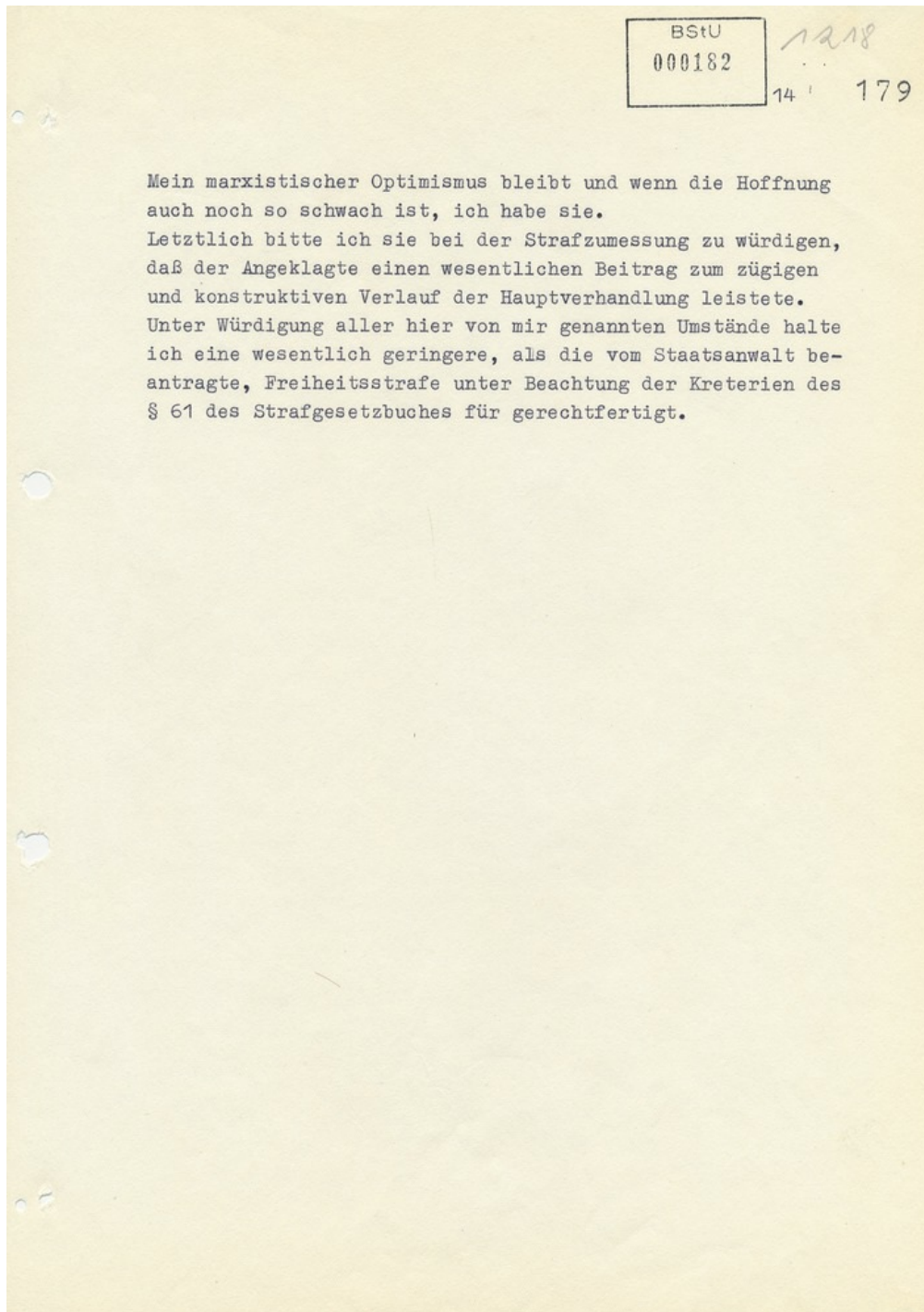
Wenn sie der Verteidigung in der einen oder anderen Frage zustimmen, und die Sache daher insoweit anders als der Staatsanwalt beurteilen, müßte sich dies auf die Strafzumessung auswirken. Für die Strafzumessung sind im Falle der Würdigung nach §98 StGB noch weitere Gesichtspunkte hinsichtlich Tatschwere dieses Komplexes wichtig. Sicherlich dürfte feststehen, daß das Hauptziel des Angeklagten nicht das Geld war, aber er hat es mitgenommen. Hinsichtlich der Auflagenhöhe und der Geldmenge hat sich die Anklage nicht zweifelsfrei bestätigt, weil die westlichen Pressemeldungen wahr aber auch falsch sein können. Sie können auch Werbezwecken oder lediglich der Hetze gegen die DDR dienen; indem ein besonderes Interesse an dieser Schrift scheinbar unter Beweis gestellt werden soll. Wesentlich für die Strafzumessung sind die Auswirkungen der Tat. Der Staatsanwalt schätzt diese bedeutend ein, weil eine umfangreiche Hetzkampagne mit der Schrift des Angeklagten in den Massenmedien der BRD eingeleitet wurde. Zunächst erinnere ich noch einmal an die Einschränkung hinsichtlich der Hetze im direkten Zusammenhang mit den strafrechtlich-relevanten Nachrichten. Zum anderen ist aber für die Folgen wesentlich, welche Auswirkungen die Schrift- oder die Hetzkampagne auf die Bevölkerung der DDR hatte, da es um den Schaden für die DDR geht.

Signatur: BArch, MfS, AU, Nr. 6890/82, Bd. 7, Bl. 169-182

Blatt 180

Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro



Plädoyer von Gregor Gysi im Prozess gegen Rudolf Bahro

Signatur: BArch, MfS, AU, Nr. 6890/82, Bd. 7, Bl. 169-182

Blatt 182